



Gestern

Während in Ausstellungen in Lüchow und Hannover dem Gorleben-Treck vor 40 Jahren gedacht wird, untersucht ein Archäologe die Überreste des Hüttendorfs 1004 in Gorleben.

Heute

Die *Kulturelle Landpartie* lockt wieder Tausende Besucher ins Wendland – zu den Wunderpunkten und an den wunden Punkten Lüchow-Dannenburgs: die Atomanlagen in Gorleben.

Morgen

Schülerdemos an den *Fridays for Future* sind auch und gerade im Wendland inzwischen an der Tagesordnung. Drei Schüler berichten von ihrem Engagement und ihren Erfahrungen.

Grußwort

Kein bisschen weise

Ende März wurde im Lüchower Kreishaus die Ausstellung zum Gorleben-Treck vor 40 Jahren eröffnet. Als wir damals mit den Treckern nach Hannover fuhren, waren wir noch jung und dynamisch.

Besonderen Auftrieb hat uns die Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht kurze Zeit nach dem Treck gegeben: Dass ein Politiker sagt, die geplanten Anlagen in Gorleben seien *politisch* nicht durchsetzbar, war der Hammer! Das hat dem Widerstand hier viel Auftrieb gegeben und uns immer wieder motiviert, weiterzumachen. Das war gelebte Demokratie!

Jetzt dagegen werden Entscheidungen nach Wahlperioden und Gefälligkeitsgrad gefällt, und das seit mehr als vier Jahrzehnten. Deshalb treten wir immer noch auf der Stelle. Es gibt zwar ein Standortauswahlgesetz, Begleitgremien, neue Behörden und viele neue Mitarbeiter, doch die Zeit läuft!

An 16 Standorten stehen 1800 Atom-müllbehälter. Die Betriebsgenehmigungen dafür laufen ab 2034 nach und nach aus, das betrifft als Erstes die Castoren hier in Gorleben. Was geschieht mit den Behältern danach? Einfach stehen lassen? Die Betriebsgenehmigung verlängern? Wie sicher sind die Behälter nach 40 Jahren noch?

In den USA wurde einmalig nach 15 Jahren ein Castorbehälter geöffnet. Die vorgefundene Materialermüdung war besorgniserregend. Das BfE aber gibt sich gelassen, es werde ein Altersmanagement geben, heißt es aus der neuen Superbehörde. Was das heißt, bleibt unklar.

Eines steht aber jetzt schon fest: *Wir* brauchen ein Altersmanagement, da die Probleme auch in den nächsten 40 Jahren nicht zufriedenstellend gelöst werden. Und wir brauchen noch mehr junge Menschen, die den Mut und die Beharrlichkeit haben, sich auch auf 40 Jahre Widerstand einzustellen.

Eckhard Tietke,
einer von vielen
Notgemeinschaftsbauern,
die nicht aufgeben werden



„Es war einmal eine Stadt, in der alle Geschöpfe in Harmonie mit ihrer Umwelt zu leben schienen...“. So begann vor einem halben Jahrhundert ein Buch, welches die Wahrnehmung von Generationen verändern sollte: Der stumme Frühling. Obwohl dieses Sachbuch die katastrophalen Folgen eindrücklich darlegte, wurde die Anwendung des im Buch angeprangerten Agrargiftes DDT in der westlichen Welt erst ein Vierteljahrhundert später eingestellt; in Indien dauert die Produktion übrigens bis heute an.

Können Sie sich eigentlich eine Million vorstellen? Laut dem Artenschutzbericht der UN sind derzeit viele Tier- und Pflanzenarten, und damit ein Achtel aller Arten, gerade aktuell vom Aussterben bedroht, darunter 40 Prozent aller Amphibien und 25 Prozent aller Säugetiere. Für dieses Massensterben ursächlich sind aber nicht allein Pflanzenvernichtungs-



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-Dannenberg

mittel wie Glyphosat oder Insektengifte wie Neonicotinoide, sondern auch die massive Veränderung von Lebensräumen sowie der menschengemachte Klimawandel.

Bereits drei Viertel der Naturräume an Land und zwei Drittel im Meer sind erheblich durch den

Menschen verändert und damit geschädigt. Beginnen aber die Ursachen der Klimakatastrophe schon innerhalb unserer vier Wände, so fängt auch die Zerstörung von Habitaten unmittelbar vor der Haustür an. Bei mir in der Nähe wurde beispielsweise gerade eine verwunschene Schrebergartenkolonie voller uralter Bäume mit dem Bulldozer weggeschoben, um dem siebten Supermarkt unserer Zwergstadt Platz zu machen. Der bisherige Markt bleibt dabei als vollversiegelte Industriebrache nutzlos zurück. Erschreckend klein ist dagegen der „gewonnene“ innerstädtische Bauplatz, nachdem mit der bisherigen grünen Lunge auch der Artenreichtum eines Regenwaldes unwiederbringlich abgeräumt war...

Ob es alte Straßenbäume, Hecken, Krautsäume oder kleinräumige Landschaftsstrukturen sind, immer gibt es angeblich unausweichliche Sachzwänge, warum sie weichen müssen: Verkehrssicherheit, Straßenbau, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Deichbau, technologischer Fortschritt oder Wohnraumbedarf fordern ihren Tribut.

Hilflos erscheinen dagegen oft die gesetzlich geforderten „Ausgleichsmaßnahmen“, wie beispielsweise mit hohem Kosten- und Bauaufwand konstruierte künstliche Lebensräume. So ist es ja auch noch niemandem gelungen, einen jahrhundertealten Wald nachzupflanzen oder eine ausgestorbene Art in die Welt zurück zu holen.

Es könnte also womöglich nicht so sehr geboten sein, noch mehr zu unternehmen, sondern vielmehr, erheblich mehr zu unterlassen. Ein Leitsatz, den wir uns auch für die Klimadebatte zu Herzen nehmen sollten...

Impressum

42. Jahrgang
Ausgabe 1070
April, Mai, Juni 2019

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Torben Klages

BI-Büro

Aktion und Politik

Für den Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens am 22. Februar hatten sich die BI und das Gorleben Archiv etwas Besonderes einfallen lassen: Beim offenen Tag der Archäologie stellte das Team um Attila Dészi von der Universität Hamburg seine Ergebnisse zu den Grabungen auf dem Gelände der Freien Republik Wendland vor. Eine interaktive Ausstellung, ein archäologischer Vortrag und eine Podiumsdiskussion sorgten für einen interessanten Ausflug in die Geschichte bis hin zur Gegenwart. Ebenfalls gut besucht war die ordentliche Mitgliederversammlung der BI. Die einmal jährlich stattfindende Versammlung wählt regelmäßig einen neuen Vorstand und erhält umfangreiche Berichte des abgelaufenen Geschäftsjahres. Resümee der Mitgliederversammlung ist eine stetig wachsende Mitgliedschaft, solide Finanzen, weiterhin viel Arbeit und ein im Kern wiedergewählter Vorstand aus dem vorangegangenen Jahr. Der Fukushima-Jahrestag begründet den Zeitpunkt der ersten großen Demos im Anti-Atom-Bereich eines jeden Jahres. In Berlin und Ahaus waren Vertreter/-innen der BI mit Redebeiträgen und als Demo-Teilnehmer/-innen vor Ort. Für die im Landkreis gebliebenen Menschen bot sich die Teilnahme an der Fukushima-Mahnwache an, die ebenfalls gut besucht war. Mit Expertise im Gepäck reiste das neue Vorstandsmitglied Wolf-Rüdiger Marunde zu einer Fachveranstaltung der Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ nach Berlin. Thema dort war die Fragestellung „Gorleben oder anderswo?“ zu der Marunde im Kreis bundesweiter Anti-Atom-Aktiven Stellung nahm. (Fortsetzung gegenüber)

Kulturelle Landpartie

WUNDERPUNKTE IM WENDLAND



VON HIMMELFAHRT BIS PFINGSTEN: MALEREI UND P
MUSIK IN ALTEN SCHEUNEN, BIOLANDWIRTSCHAFT, KU

KLP 2019

Vom 30. Mai bis zum 10. Juni 2019 öffnet die Kulturelle Landpartie wieder und heißt alle Besucher/-innen des Landkreises Lüchow-Dannenberg

2019 ist ein Jahr der Jubiläen: 40 Jahre Gorleben-Treck, 30 Jahre Gorlebener Gebet, 25 Jahre VoIXküche Wendland, 30. Mützingenta, 500ster Sonntags-spaziergang rund um den Schwarzbau Gorleben und eben auch die 30. Kulturelle Landpartie (KLP).

Der offizielle Reisebegleiter der KLP ist bereits im Handel erhältlich. Für 6 Euro plus Porto kann das 400 Seiten starke Werk im Büro der Kulturellen Landpartie bestellt werden. Im Reisebegleiter finden sich alle Informationen über die Landpartie mit allen teilnehmenden Punkten und deren Programm. Selbstverständlich gibt es den Reisebegleiter auch im BI-Büro in Lüchow.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) wird auch in diesem Jahr wieder an vielen Orten selbst präsent sein und mit Informationen, Aktionen und allerhand Beiwerk einen Einblick in ihre Arbeit geben.

So zum Beispiel an den Atomanlagen in Gorleben und auf der „Mützingenta“ im großen Info-Zelt (tägl. außer 7. Juni, 11 bis 19 Uhr). Hier finden Interessierte zahlreiche Informationen rund um den Gorleben Konflikt, sowie Ansprechpartner/-innen der BI, die Fragen beantworten und einen Überblick über die aktuelle Atom-müllpolitik verschaffen können. In Mützingen gibt es zudem die exklusiven Textilien mit der Wendlandsonne gegen eine faire Spende, aus fairer Produktion in Bio-Qualität. Alle Erlöse fließen in die politische Ar-

beit. Xe, Fahnen, Buttons, Aufkleber, Tassen, Taschen und alles was das widerspenstige Protestherz begehrt gibt es dort natürlich auch.

Mit den so genannten Materialkisten ist die BI zudem an über fünfzig Orten im Wendland präsent. Dort gibt es Flyer und kleine Artikel.

Zur Kulturellen Widerstandspartie am Pfingstfreitag versammelt die BI zusammen mit der Kulturellen Landpartie die Besucher/-innen an „unserem wunden Punkt“, an den Atomanlagen in Gorleben. Auch an den Wochenenden (Himmelfahrt und Pfingsten) ist die Bürgerinitiative mit dem „Mobilisierenden Musikkampfwagen“ (MMKW) vor Ort und bietet informative Rundgänge um das so genannte Erkundungsbergwerk an. Zudem werden die Fachgruppe Radioaktivität und die AG gegen Fracking der BI jeweils einen kurzweiligen Vortrag anbieten. Das Gorlebener Gebet (14.00h) und der Sonntags-spaziergang (13.00h) finden regelmäßig an den Sonntagen statt.



eder ihre Pforten „Herzlich Willkommen“!

Pünktlich zur Kulturellen Landpartie ist auch das neue Fotobuch von Ingrid und Werner Lowin erschienen: „Auf den Spuren des gelben X“. Am Wunderpunkt Breese in der Marsch 12 präsentieren die Schöpfer/-innen des Fotobuchs zudem eine Ausstellung mit zahlreichen weiteren Fotos aus dem Widerstand.

Eine weitere Fotoausstellung der Lowins gibt es im Atelier „Silbergras“ gegenüber den Trebeler Bauernstuben: Unter dem Motto „stilles Büro“ gibt es dort „Große Geschichte in kleinen Rahmen“ zu sehen. Die Ausstellung umfasst Fotocollagen der vergangenen 13 Castortransporte ins Wendland.

Gerhard Has dagegen bietet täglich geführte Wanderungen mit Eseln zum Platz der „Freien Republik Wendland“ an. Los geht es täglich um 11 Uhr in Trebel, Hauptstraße 54. Die Dauer beträgt etwa 3 Stunden. Ein Stattfinden ist witterungsabhängig. Bitte unbedingt telefonisch anmelden: 0174 – 971 29 56. Unkostenbeitrag gegen Spende erbeten.



Die Gorleben Rundschau präsentiert sich in Neu Darchau. Das „Tor zum Wendland“ ist nicht nur der malerische Ort Neu Darchau an der Elbe, auch die Gorleben Rundschau könnte sich mit diesem Satz als regelmäßig erscheinende Publikation der BI schmücken. Am Punkt von Andreas Conradt direkt am Fährhafen von Neu Darchau berichtet die Zeitschrift über den Salzstock im Wendland und stellt fest: „Gorleben geht gar nicht!“

Vor 40 Jahren starteten Bauern aus dem Wendland einen Treck in die Landeshauptstadt Hannover. An der Landkreisgrenze wurde nahezu unbemerkt eine Erklärung verlesen und die „Freie Republik Wendland“ ausgerufen. Sowohl der Hannover-Treck, als auch die spätere Platzbesetzung des Bohrlochs 1004, wurden zu Großereignissen bundesweiter Protestgeschichte. Das Gorleben Archiv hat sich mit Helfer/-innen und Aktiven der damaligen Zeit eingehend mit den Ereignissen des Trecks beschäftigt. Herausgekommen sind Ausstellungen, Zeitzeugendokumentationen und ein interessantes Rahmenprogramm. Auch während der Kulturellen Landpartie kann die Ausstellung im Kreishaus in Lüchow bestaunt werden. (tk)

Torben Klages



(Fortsetzung von gegenüber)
Mit Wissensvermittlung konnte auch Pressesprecher Wolfgang Ehmke dienen, der zur Vorstellung des Jahresprogramms des Veranstaltungszentrums „Pavillon“ in Hannover zu Gast war. Ehmke referierte stilschlecht vor dem „Gorleben-Stein“ zum Hintergrund des 40. Jahrestages des Gorleben Trecks nach Hannover. Mit zahlreichen Reisen ging es weiter. Der April war geprägt von unterschiedlichsten Tagungen und Konferenzen. Deutlich wurde, dass die Begleitung des Standortauswahlverfahrens nicht nur eine hohe Mobilität, sondern auch eine Menge Zeit erfordert, was die berufstätigen Vorstandsmitglieder regelmäßig an den Rand der Belastbarkeit bringt. Ein medialer Höhepunkt im April war die „letzte Befahrung“ des Bergwerks in Gorleben. Im Rahmen des Standortauswahlgesetzes ist der Salzstock in einen Offenhaltungsbetrieb übergegangen. Dass dies nicht das Ende von Gorleben bedeutet, ist ausführlich in dieser Ausgabe beschrieben. Der Mai stand letztlich ganz im Fokus der Vorbereitungen zur Kulturellen Landpartie (KLP). Nahezu 50 Material- und Info-Stationen mussten organisiert werden, neben den zentralen Aktivitäten auf der Mützingenta und in Gorleben. Zudem erhielten wir im Mai einen wahren Zustrom von Interessierten Besucher/-innen, die noch im Vorfeld der KLP Vorträge und Spaziergänge ums Bergwerk bei uns anfragten. Unmittelbar vor der KLP stellten sich unsere Vorstandsmitglieder zudem für Podiumsdiskussionen an der Freien Universität in Berlin zur Verfügung. Unter dem Titel „Der Atomkonflikt in Deutschland – bis in alle Ewigkeit“ konnten die Vorstandsmitglieder ihre Expertise in prominent besetzten Podien einbringen. (tk)



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Undine von Blottnitz war Mitbegründerin der BI Lüchow-Dannenberg und der Bäuerlichen Notgemeinschaft und 1977 eine der Ersten, die ihre Stimme gegen die Lagerung von atomarem Müll in Gorleben erhob. Sie hat für die Grünen und für ihre Region gestritten, verhandelt und demonstriert. Unerschrocken, couragiert und geradeaus machte sie Politik. 1979 wurde Undine das erste Mal zu einer Geldstrafe verurteilt. Gemeinsam mit ihrem Mann Fritz hatte sie an Blockaden teilgenommen. Viele Jahre später warteten auf die Grabowerin neue politische Aufgaben. Zwei Wahlperioden im Europäischen Parlament, Fachgebiet: Anti-Atom- und Energiepolitik, Verbraucherschutz und Ökologie. Als sie in Straßburg als Parlamentarierin einzog, war auch die Bäuerliche Notgemeinschaft beim Empfang dabei. Am Ende des Abends überredeten die Landwirte das Personal, sich vom üppigen Buffet Proviant für die lange Heimreise mitnehmen zu dürfen. Undine vertraute auf Beharrlichkeit: „Es geht zwei Schritte vorwärts und dann ein-dreiviertel wieder zurück, und mit diesen Viertelschrittchen müssen wir leben.“ Das Bundesverdienstkreuz nahm sie in Brüssel stellvertretend für den Widerstand entgegen. Undine wurde, trotz Diplomatenausweises, während der Wendlandblockade 1984 mit anderen eingekesselt, in einen Bus verfrachtet und in der Pampa hinter Uelzen ausgesetzt. Andere Aktionen waren nicht weniger aufregend. Am 3. März 2001 ist Undine im Alter von 64 Jahren gestorben. Bis zum Schluss war sie aktiv – nicht nur auf den Schienen. 2010 bauten hiesige Zimmerleute und Landwirte eine Schutzhütte auf dem Salinas Gelände: die Undine von Blottnitz-Hütte. (bh)

Neue Bücher Lesestoff

Geschichte in neuem Gewand versprechen die jüngsten Publikationen, die druckfrisch im BI-Büro eingetroffen sind. Just erschienen sind ein neuer Bildband von den Widerstands-Fotografen Ingrid und Werner Lowin sowie ein Beziehungsroman von BI-Pressesprecher Wolfgang Ehmke. Wir möchten an dieser Stelle auch auf das schon seit längerem erschienene Werk von Sybille Tetsch hinweisen.

Fotobuch

„Auf den Spuren des gelben X“ von Ingrid und Werner Lowin



Das neue Werk von Ingrid und Werner Lowin widmet sich der bildhaften Erläuterung des bekannten Widerstandssymbols aus dem Wendland. Auf fast 100 Seiten erläutern Bild-dokumente von vergangenen Aktionen die fantasievolle Verwendung und Bedeutung des gelben X. Das Buch richtet sich dabei vor allem an Besucher/-innen des Landkreises, denen die Bedeutung bisher fremd oder nur vage bekannt war. Natürlich bietet das Werk auch für Landkreisbewohner/-innen oder Aktive, die an den Protesten teilgenommen haben, ein schönes Nachschlagewerk, das auch Bekannten und Freund/-innen weitergereicht werden kann. Ingrid und Werner Lowin sehen das Buch als Ihren Beitrag für den Widerstand im Wendland und dessen Fortgang. Daher gehen auch dieses Mal alle Einnahmen an die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Das Buch kann ab sofort gegen eine Spende (Empfehlung: EUR 7,50,-) im BI-Büro und an vielen weiteren Orten im Wendland erworben werden.

Roman

„Der Kastor kommt!“ von Wolfgang Ehmke



„Der Kastor kommt!“ Diese „fünfte Jahreszeit“, in der es im Herbst noch einmal so richtig grün vor lauter Uniformen wurde, hat sich in das kollektive Gedächtnis vieler Generationen eingebrannt. Gorleben war jahrzehntelang der soziale Ort, an dem bei jedem Atom-mülltransport das Ende der Atomkraft auf der Straße verhandelt wurde, man stellte sich quer! Wolfgang Ehmke hat, wie viele Bewegte und Unentwegte, eine besondere Beziehung zum „Kastor“. Sein „Held“ hetzt zwischen dem Schanzenviertel in Hamburg und dem Wendland hin und her. In seinen Träumen wirkt das Aktionsgeschehen rund um den Castortransport 2011 nach. Zugleich ist es eine tragisch-komische Liebesgeschichte, denn er verguckt sich in eine junge Künstlerin, muss aber erfahren, dass diese Dorothea ein Verhältnis mit seinem bes-

ten Kumpel hat. Unmerklich steuert Robert, der „Held“, auf eine persönliche Katastrophe zu. Mit dem Mitteln des Nouveau Roman sind Personen, Spielorte kunstvoll miteinander verwoben. Kaum merklich hat der Autor die Akzente verschoben, es ist auch ein Abschied von der Stadt, eine Hinwendung zum Land. Der gehetzte Held hält sich an den ironischen Ausrufezeichen fest und sieht sich am Ende gerettet. Ob das für den Gorleben-Konflikt in ähnlichtragisch-komischer Form gelten wird? Das Buch ist bei der Druck- und Verlagsgesellschaft Köhring in Lüchow erschienen. Für 8,90 Euro kann es dort im Buchshop bestellt werden. Selbstverständlich ist das Buch auch im BI-Büro erhältlich. Auf der Webseite der BI sind zudem Termine für Lesungen mit Wolfgang Ehmke eingetragen.

Jugendbuch

„Emmy und der Kern der Dinge“ von Sybille Tetsch



Emmy erinnert sich noch genau daran, als im Fernsehen in Japan das Atomkraftwerk Fukushima explodiert, und auch von einer Katastrophe in Tschernobyl hat sie schon gehört. Doch dann findet sie heraus, dass es auf der ganzen Welt noch viel mehr Unfälle gegeben hat, bei denen Menschen durch radioaktive Strahlung zu Schaden gekommen sind. Sie begibt sich auf eine abenteuerliche Reise rund um den Globus: Auf der Spur des Urans reist Emmy von der Uranmine bis zur ungelösten Endlagerung, trifft andere Jugendliche, deren Schicksale durch Strahlenunfälle geprägt sind, und erfährt mehr über die Risiken der Atomkraft. Das Buch ist im Eigenverlag bei buchrabensalat erschienen und kann für 14,90 Euro dort bestellt werden. (pm)



Wir trauern um Martin Lemke

**Sein Lebenskreis hat sich geschlossen.
Er bleibt einer von uns.**

Unser Freund und Anwalt Martin Lemke ist am Gründonnerstag verstorben. Wir trauern um ihn, einen unerschütterlichen Mitstreiter, der leidenschaftlich und souverän die Rechte der Einzelnen gegen allgemeine staatliche Interessen oder politische Interessen verteidigt hat.

So wie seine imposante Erscheinung – ein Mann wie ein Baum – so war auch seine energische Haltung, dass über den Ausgang eines Prozesses das demokratische Bewusstsein aller am Strafverfahren Beteiligten entscheidet.

Ob im Gerichtssaal, an der Straßenbarrikade, im Kooperationsgespräch mit den Versammlungsbehörden, Martin konnte durch seinen Charme und sein Wissen jede Situation auf einzigartige Weise bereichern und oft den Kurs des Geschehens wenden.

Im Widerstand gegen die Atommüllpolitik der wechselnden Re-

gierungen der letzten Jahrzehnte hat Martin zahlreichen Menschen Beistand geleistet. Recht haben und Recht bekommen sind zwei unterschiedliche paar Schuhe, Martin hat dafür gesorgt, dass diese Lücke nicht unerträglich groß ausfiel.

Seine Veranstaltungsreihe über lustige Geschichten aus dem Gerichtssaal wird unvergessen sein, mit trockenem Humor hat er dafür gesorgt, dass wir über die Härte des Staates, aber auch mal über uns selbst lachten.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Wir werden uns seinen Willen, für etwas zu kämpfen und sich für eine Sache und für Menschen einzusetzen im Andenken an ihn in unseren Herzen und in der täglichen politischen Auseinandersetzung bewahren.

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearkandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bisher lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Sie steht seit einiger Zeit wieder im Fokus, weil in der PKA schadhafte Behälter repariert werden könnten. Bisher aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- Das Bergwerk wurde größer aufgefahen, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist für 2019 angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Gorleben I

40 Jahre Gorleben Treck – Ausstellung im Kreishaus Lüchow

Im März 1979 zogen Lüchow-Dannenberg Bürger und Bauern nach Hannover, um gegen den geplanten Bau mehrerer Atomanlagen in ihrem Landkreis zu protestieren. Sie wurden von mehr als hunderttausend Menschen in Hannover empfangen – aus dem Protestzug wurde eine der größten Demonstrationen der niedersächsischen Geschichte. Der „Gorleben-Treck“ gilt als Initialzündung einer der wichtigsten sozialen Bewegungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Anlässlich seines 40. Jahrestags ist dieses Ereignis nun Thema einer Ausstellung des Gorleben-Archivs, die Ende März im Kreishaus Lüchow eröffnet wurde. Sie lenkt den Blick auf die gesellschaftliche Bedeutung des Trecks, der nicht nur die Atompolitik beeinflusst, sondern auch das Leben vieler Lüchow-Dannenger geprägt und verändert hat. Welche Folgen hatte der Treck für die Protest-

bewegung? Wie hat er den Landkreis verändert – politisch, kulturell, sozial? Die Ausstellung zeigt die Entwicklung der Region. Die Ausstellung beschreibt den Treck und seine Nachwirkungen aus der sehr persönlichen Perspektive von Menschen, die entweder schon damals dabei waren oder heute das fortsetzen, was die Alten begonnen haben. Im Mittelpunkt stehen - neben historischen Fotos und Filmdokumenten – mehr als zwanzig ausgewählte Zeitzeugen-Interviews, die das gesamte Spektrum der wendländischen Protestbewegung widerspiegeln. (we)



In eigener Sache

BI in Sozialen Medien

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg engagiert sich in zunehmendem Maß auch in den Sozialen Medien. Neben der renovierten Website und einem ebenfalls neu gestalteten Newsletter kann man der BI jetzt auf verschiedenen Social-Media-Kanälen folgen:



Facebook: facebook.com/BI.Luechow.Dannenberg.e.V

Twitter: @gorleben

Instagram: gorleben.rundschau

Strahlung

5G in der Kritik

Der künftige Mobilfunkstandard 5G wird von Telefongesellschaften derzeit massiv ausgebaut und beworben. Dabei werden potenzielle Gefahren durch Mikrowellenstrahlung naturgemäß nicht thematisiert. Doch viele Ärzte und Forscher sehen insbesondere 5G als Krebs fördernd oder sogar Krebs erregend an. Der geplante engmaschige Ausbau mit Funkmasten im 100-Meter-Abstand lässt bei Kritikern die Befürchtung vor drastisch erhöhter Strahlung aufkommen. Hinzu komme, so Klimaschützer, ein enormer zusätzlicher Energieverbrauch für den Betrieb der Sender. Datenschützer befürchten durch das kleinteilige Netz zudem die Möglichkeit der lückenlosen Überwachung auch intimster Bereiche. Gegen diese Gefahren regt

sich nun Widerstand – auch im Wendland. So fand am 22. Mai die erste Informationsveranstaltung „Gesundheitsrisiken durch Mobilfunk: Was ist zu tun?“ in Hitzacker statt. Der Baubiologe Michael Mumm aus Hamburg veranschaulichte anhand von Messungen die Auswirkungen unter anderem von W-LAN in Schulen und Sendeanlagen in Straßenlaternen. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte die „Wendlandinitiative Aufklärung über 5G-Mobilfunk“. Weitere Veranstaltungen sollen folgen. (ac)



Tagung

Auf die Straße! – Politischer Protest in Deutschland

Am 17. und 18. Juni wird die Bundeszentrale für politische Bildung eine Tagung zum Thema „Politischer Protest in Deutschland“ veranstalten. Denn in Deutschland wird inzwischen häufig protestiert. Gegen Stuttgart 21, G20 oder gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Für den Hambacher Forst, bezahlbaren Wohnraum oder Ortsumgehungen. Sechs Beispiele, unzählige weitere könnten genannt werden. Viele gesellschaftlichen Themen und Entwicklungen reizen Bürgerinnen und Bürger, gegen oder für etwas zu protestieren. In Deutschland haben Proteste eine lange Geschichte – in Ost wie West. Er drückt sich in Transparenten, Sprechchören und Unterschriftenlisten aus, wird mit Liedern formuliert und über Logos, Shirts und Buttons popularisiert. Oft fin-

det Protest auf der Straße statt – in Großstädten, aber auch im kleinsten Dorf. Das Internet und insbesondere die Sozialen Medien schließlich haben viele Formen des Protestes erweitert. Protest ermöglicht so eine direkte politische Beteiligung, jenseits von Wahlen und anderen klassischen Formen politischer Mitbestimmung. Ist Protest also ‚das Salz‘ der Demokratie? Oder, wie Kritikerinnen und Kritiker bemängeln, erschweren Proteste politisch gestalterisches Handeln jener, die dafür gewählt wurden? Zunächst jedoch gelte es, so die Bundeszentrale, grundsätzlichere Fragen zu stellen: Was genau ist Protest eigentlich? Wie funktioniert er? Regen nur bestimmte Themen auf, andere aber nicht? Wer ist direkt und indirekt beteiligt? Wen adressiert er? Und warum eskaliert er von Zeit zu Zeit? Darüber soll im Juni in Hamburg gesprochen werden, mit auf dem Podium sitzt auch die 2. Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg, Elisabeth Hafner-Reckers. Anmeldung zur Tagung, in deren Verlauf auch die Anti-Atom-Bewegung und Gorleben in vielen Panels thematisiert werden, kann bis zum 5. Juni über die Website der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de oder per Telefon erfolgen: 0228-995 150. (pm)

Gorleben II

Andacht am Gorleben Tag

Die ökumenische Initiative „Gorlebener Gebet“ feiert anlässlich des Gorleben Tags während der Kulturellen Landpartie einen Sondergottesdienst. Die Andacht wird gehalten von Franz Alt und soll an den Beginn des Gorlebener Gebets vor 30 Jahren erinnern. Der Gottesdienst beginnt um 14 Uhr an den Gorleben Kreuzen unweit der „Beluga“ im Wald von Gorleben. (ac)



In drei Phasen werden die Suchräume für ein Atom-„End“-Lager zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag und Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.

Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig und führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



ES
GEHT
AUFWÄRTS



Weltwirtschaftsforum in Davos, EU-Kommission in Brüssel, Generalaudienz bei Papst Franziskus: Greta Thunberg ist derzeit geradezu omnipräsent, nichts kann die junge Schwedin und die durch ihr Tun ausgelöste weltweite Initiative „Fridays for Future“ scheinbar stoppen. „Da entsteht gerade eine Jugendbewegung“, fasst Lisa Göldner, Klimaexpertin bei Greenpeace, die Geschehnisse zusammen. Eine Bewegung, die das fehlende Verantwortungsbewusstsein der älteren Generationen anprangert, wie Politikwissenschaftler Mathias Albert aus Bielefeld ergänzt. Eine Bewegung aber auch, die ihre Legitimation mit daraus herleitet, von wirtschaftsnahen Parteien und Gruppen mit erkennbar ökonomischen Interessen heftig für ihren Protest und ihre dennoch ungebremste Konsumhaltung kritisiert zu werden.

Einerseits.

Andererseits verzichtet inzwischen ein Viertel aller Jugendlichen aus Rücksicht auf die Umwelt auf Flugreisen, jeder Dritte isst weniger Fleisch oder kauft Bio-Lebensmittel. Der Anteil bewusst handelnder Personen ist damit unter Schüler/-innen um ein Vielfaches höher als im Rest der Bevölkerung, und das nach nur einem Jahr von Thunbergs *Skolstrejk för Klimatet* in Stockholm und einem guten halben Jahr des

Existierens von „Fridays for Future“ in Deutschland, Belgien, Australien und vielen anderen Ländern der Erde.

Doch alles ökologische Handeln der Jugend nutzt wenig, sagte Greta Thunberg in einem Interview mit dem SPIEGEL, wenn Politik und ältere Generationen ihr Verhalten nicht ändern: „Die meisten Erwachsenen sind sich nicht bewusst, wie schwerwiegend die Klimakrise ist. Sie wissen, dass sich etwas verändert, aber sie wissen nicht genau, welche Folgen der Klimawandel haben wird. Die Erwachsenen müssen erkennen, dass sie die Zukunft ihrer Kinder und der Generationen danach aufs Spiel setzen, wenn sie so weiter machen.“

Und das tun sie ungehemmt!

„Ich habe doch noch gar nichts erreicht“, sagte Thunberg dem SPIEGEL. Das stimmt, aber die Schwedin hat auch erst vor rund einem Jahr begonnen. Anders als die Politik weltweit: Allen Klimazielen und -abkommen der letzten Jahrzehnte zum Trotz gehen die Rodung des Urwalds und der Ausstoß von CO₂, die Vermüllung der Meere und die Versiegelung von Flächen ungebremst weiter. Zahlen und Statistiken, die Schüler/-innen weltweit als Begründung für ihren und Gretas *Skolstrejk* dienen.(ac)



Nach einer im Jahr 2018 aktualisierten Studie des UPI-Instituts nimmt der Ausstoß von CO₂-Äquivalenten von heute rund 8 Mrd. Tonnen pro Jahr in den nächsten zehn Jahren auf 10 Mrd. Tonnen zu.



Weltweit betrachtet wird jede Minute die Fläche von rund 18 Fußballfeldern Wald gerodet. Tendenz: immer schneller steigend.



Seit Beginn der Industrialisierung nimmt die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre jedes Jahr zu, und zwar von rund 280 ppm im Jahr 1860 auf aktuell über 400 ppm.



Bis 2040 wird der weltweit steigen – um etwa 28 Prozent. Der Energieverbrauch wird vor allem in den Ländern, die den größten Teil des Energieverbrauchs mit fossilen Brennstoffen decken, stark ansteigen.



Bei sinkender Einwohnerzahl lag der Flächenverbrauch für Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit in Deutschland 2017 immer noch bei rund 60 Hektar oder 120 Fußballfeldern – pro Tag!



In den letzten 20 Jahren hat der Fleischkonsum weltweit zugenommen: von rund 186 Mio. Tonnen im Jahr 1993 auf rund 306 Mio. Tonnen. Hauptverursacher des Anstiegs war die Bevölkerung in asiatischen Ländern.



Der Energieverbrauch erheblich gegenüber 2015. Der Anstieg in Entwicklungsländern erfolgt dann noch immer zu mehr als 80 Prozent mit fossilen Brennstoffen gedeckt werden.



Forscher schätzen, dass bis zum Jahr 2050 weitere 34 Mrd. Tonnen Kunststoff produziert werden. Wenn der Plastik-Konsum mit der aktuellen Geschwindigkeit voranschreitet, gibt es im Jahr 2050 dreimal mehr Plastik im Meer als Fische.



ES GEHT AUFWÄRTS

GENERATION Z Wenn an der Freien Schule in Hitzacker, einer Waldorfschule, die direkt an den Castor-Gleisen liegt, die Jahresarbeiten geschrieben werden, dann spürt man, dass die Schüler/-innen sensibilisiert sind für „Ökothemen“. Kein Wunder, dass sie auch der Motor für die Schulstreiks „Fridays for Future“ im Wendland waren. **Wolfgang Ehmke** hat mit **Friedrich Jahrens** (17) und **Juri v. Knobelsdorff-Brenkenhoff** (18) über ihre Arbeiten und Aktivitäten gesprochen. Der eine listet akribisch auf, welche tiefen Schnitte und Gefahren vom Anthropozän ausgehen. Der andere macht mit in einem Reparaturcafé. Deutschlandweit gibt es mittlerweile 725 registrierte dieser Einrichtungen. Allein im Wendland mit seinen knapp 50 000 Einwohner/-innen gibt es vier Orte, an denen man sich einmal im Monat trifft und Sachen repariert.

➤➤ Friedrich, wie läuft so ein Reparaturcafé, kann da jeder hingehen? Was könnt ihr reparieren und was nicht?

Friedrich Jahrens: Hingehen kann jeder, man muss sich allerdings vorher anmelden und sagen, welches Gerät defekt ist, denn wir müssen das ja planen können. Wir können alles reparieren, was man selbst tragen kann.

➤➤ Also, Waschmaschinen, das geht nicht?

Friedrich: (lacht) Wenn du eine Waschmaschine hinträgst und wieder mitnimmst, würden wir nicht nein sagen. Nicht so gern gesehen sind Smartphones, weil man dafür Spezialwerkzeug braucht, Laptops und Kaffeevollautomaten. Da sind oft nur die Leitungen verkalkt.

➤➤ Warum arbeitest du im Reparaturcafé mit? Was hast du repariert und wo musstest du mal aufgeben?

Friedrich: Erstens macht es mir einfach Spaß, rumzutüfteln. Außerdem ist das mein Beitrag gegen die Wegwerfgesellschaft. Ich finde den Ressourcenschutz wichtig und möchte beweisen, dass man viele Geräte nicht gleich wegwerfen muss, wenn sie nicht funktionieren. Ich habe schon CD-Player, Radiowecker, Toaster, eine Elektrokettensäge und Waffeleisen repariert.

➤➤ Müssen die Leute was bezahlen?

Friedrich: Spenden sind immer erwünscht, weil wir Mietkosten zahlen und ab und zu auch Werkzeugkosten anfallen, einige bekommen auch Wegegeld, aber ich fahre natürlich mit dem Fahrrad dahin.

➤➤ Du hast dich mit dem Thema geplante Obsoleszenz befasst?

Friedrich: Von geplanter Obsoleszenz spricht man, wenn Dinge nicht einfach nur zu früh und ohne Grund kaputtgehen, sondern der Verdacht besteht, dass Hersteller dabei mehr oder weniger absichtlich ihre Hände im Spiel hatten. Das ist aber schwer nachzuweisen. Ganz besonders ärgerlich sind Billiggeräte, die sich nicht reparieren lassen. Zum Beispiel ein Fön mit Schrauben, bei denen der Kopf abbricht, wenn man sie aufdrehen will oder das Plastikmaterial des Geräts zersplittert dabei. Geiz ist eben nicht geil, das muss man vor allem den Käufer/-innen mitteilen.

➤➤ Du willst also sagen, dass die Käufer/-innen eine Mitschuld trifft?

Friedrich: Ja. Richtig ist, dass Konzerne tatsächlich die Lebensdauer ihrer Waren planen. Zwar gibt es keine Hinweise, dass sie absichtlich Schwachstellen in Geräte einbauen. Sehr wohl aber analysieren Unternehmen die sich wandelnden Vorlieben von Verbrauchern und kalkulieren die Lebensdauer ihrer Produkte. Das ist übrigens nicht neu. Das beste Beispiel sind die Smartphones. Jedes Jahr kommen neue Modelle heraus. Es bringt schließlich nichts, ein Smartphone zu bauen, das 10 Jahre hält, wenn die meisten Verbraucher sich nach zwei Jahren schon ein neues kaufen, weil sie eine bessere Kamera oder mehr Speicherplatz wollen.

➤➤ Juri, du hast dich in deiner Jahresarbeit mit dem Anthropozän befasst. Wie kam es dazu?

Juri v. Knobelsdorff-Brenkenhoff: Angefangen hat das damit, dass ich mich vermehrt nach den ökologischen Konsequenzen meines Handelns gefragt habe. Ich begann zu realisieren, wie schwerwiegend und grenzenlos diese Konsequenzen sind. Diese Grenzenlosigkeit der Einflüsse des Menschen auf die Ökosysteme kann mit dem Begriff des



Anthropozäns zusammengefasst werden. Mit meiner Jahresararbeit wollte ich einerseits die Sinnhaftigkeit des Anthropozän als wissenschaftliches Konzept bestärken, weil ich der Überzeugung bin, dass menschliche Einflüsse noch in Jahrtausenden sowohl in der Biosphäre sichtbar sein werden, da wir die Zusammensetzung der Ökosysteme verändern (Stichwort: Artensterben), als auch in der Sedimentierung (Stichwort: Rückstände des radioaktiven Fallouts). Andererseits wollte ich die Leser sensibilisieren und anregen, ihr (Konsum-) Verhalten zu überdenken.

» Wenn ich mir die lange Liste anschau, die du anführst, um die verheerenden Folgen des Anthropozän zu belegen, wird mir ganz mulmig. Artensterben, Bodendegradation, Plastik in den Weltmeeren, Atom Müll, Lichtverschmutzung... Bist du ein Schwarzseher?

Juri: Phasenweise. Manchmal, wenn ich mit anderen zusammen im Naturschutz aktiv bin oder mich mit alternativen Lösungswegen beschäftige, habe ich ein durchweg optimistisches Gefühl für die Zukunft, weil es mir scheint, als würde sich vieles zum Positiven wandeln. Dann gibt es aber auch Momente, gerade, wenn ich mich intensiv mit den Problemen auseinandersetze, in denen ich kurz vorm Verzweifeln bin, es für sinnlos erachte, dagegen anzugehen und mich sehr ohnmächtig fühle. Doch wenn sich dem Pessimismus ergeben und davon ausgegangen wird, dass sowieso alles den Bach runtergeht, wirft man sozusagen prophylaktisch die Flinte ins Korn. Gerade deshalb ist für mich der einzige Weg, aktiv auf einen besseren Zustand hinzuarbeiten und somit langsam die absolut notwendigen Veränderungen ein kleines Stückchen mit anzutreiben. Und je mehr Menschen sich entscheiden, nicht schwarz zu sehen, nicht die Flinte ins Korn zu werfen, sondern aktiv nach einer besseren Zukunft zu streben, desto weniger Gründe gibt es zum Schwarzsehen.

» Wofür oder wogegen müssten sich die Menschen am ehesten einsetzen?

Juri: Um langfristig etwas zu verändern, müssen wir nicht nur Plastiktüten durch Papiertüten ersetzen, sondern wir müssen unsere Art zu denken ändern. Ein erster Schritt in

diese Richtung wäre die Integration der Geoethik in unsere ethisch-moralischen Grundsätze. Damit meine ich, dass unser menschliches Handeln und dessen Folgen auf die Ökosysteme in die Ethik einfließen müssen. Außerdem müsste die Gewichtung zwischen ökonomischen, also dem schnellen Profit, und ökologisch-moralischen Aspekten neu überdacht werden. Stichwort: Gemeinwohlökonomie.

Deshalb mache ich mit bei einer Gruppe namens „free the soil“. Da geht es hauptsächlich um die industrielle Landwirtschaft. Wir stehen eng in Kontakt mit Leuten von der climate justice-Bewegung, das heißt es geht auch um Klimaschutz. Andererseits bin ich bei der Fracking AG von der Bürgerinitiative Lüchw-Dannenberg. Mir geht es aber häufig hauptsächlich um das persönliche Verhalten, also das Konsumverhalten und meine Lebensweise...

» Freitags gehen nun auch im Wendland Schüler/-innen für den Klimaschutz auf die Straße und schwänzen dafür die Schule. Machst du da mit? Welche Perspektiven dieser Bewegung siehst du?

Juri: Bisher habe ich bei dieser Bewegung nicht mitgemacht, da ich der Überzeugung bin, dass es bei diesen ökologischen Problemen immer mindestens zwei Ebenen gibt: die politische und die persönliche. Natürlich ist der Kohleausstieg zeitig vonnöten, aber genauso gut kann sich jeder entscheiden, Ökostrom zu nutzen. Auch wenn die politisch geregelten Agrarsubventionen hauptsächlich an die industrielle Landwirtschaft gehen, hat letzten Endes jeder Konsument die Möglichkeit, Bioprodukte zu kaufen. Und wenn ich dann sehe, dass Schüler/-innen nach der Freitagsdemo mit dem Auto zum nächsten McDonalds fahren, überkommt mich das Gefühl, dass der persönliche Aspekt häufig fehlt.

Andererseits kriege ich aus meinem näheren Umfeld auch immer mehr mit, dass durch die Demos das eigene Verhalten reflektiert wird, da es irgendwo ja widersprüchlich ist, mit dem Auto nach Lüneburg zu fahren, um da für den Klimaschutz zu protestieren. Es wird natürlich das starke Signal gesendet, dass unserer Generation nicht egal ist, was mit dem Planeten gemacht wird und dass die Politik, wenn sie so weiter macht wie bisher, starken Gegenwind zu spüren bekommt. Das finde ich sehr positiv, deshalb möchte auch ich jetzt aktiv dort mitwirken.





... WEIL IHR UNS DIE ZUKUNFT KLAUT!

GENERATIONSKONFLIKT Dass die Schüler/-innen-Demos der letzten Monate nicht ohne Kritik blieben, war abzusehen. Prominenteste Beispiele: Christian Lindner (FDP) und Peter Altmaier (CDU). Doch kaum hatte sich „Fridays for Future“ halbwegs etabliert und in den Köpfen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit festgesetzt, gab es auch Ermunterungen von allen Seiten: APO-Opas, die Kanzlerin, der Bundespräsident und noch viele weitere nördlich des zwanzigsten Lebensjahres fühlten sich berufen, die Kids zu loben oder gar an ihren Demos teilzunehmen. Ist das nun gut oder schlecht, fragt Gorleben-Aktivist **Andreas Conradt** (54) seinen Sohn **Nikolas Peschel** (19).

➤➤ Gibt es die oben erwähnten älteren Teilnehmer/-innen bei den „Fridays for Future“-Demos wirklich?

Nikolas Peschel: Ja die gibt es. Nach meiner Beobachtung sind es eher Linke und Grüne, eben die, die schon früher auf Demos unterwegs waren. Konservative ältere Menschen beteiligen sich eher nicht. Es handelt sich buchstäblich um Großeltern, die durch ihre Enkel/-innen mit der Thematik verbunden sind. Es sind aber auch Leute dabei, die in jüngeren Jahren selbst versucht haben, die Welt zu verändern, und jetzt von sich selbst und vom Lauf der Dinge enttäuscht sind. Die sind froh, dass ihre Thematik mit „Fridays for Future“ (FFF) neuen Schwung bekommt.

➤➤ Welche Gründe gibt es für die Älteren, aktiv mitmischen zu wollen?

Nikolas: Viele sind zwar parteipolitisch engagiert, aber sie haben erfahren müssen, dass auf der Straße gerade nichts geht. Und weil sie die Anliegen von uns Jüngeren teilen, sehen sie bei FFF eine Möglichkeit, wieder aktiv zu demonstrieren. Viele Themen von heute waren ja auch schon vor dreißig Jahren im Gespräch, Luftverschmutzung durch Autos zum Beispiel. Anfang der Neunziger hat man daher den Dieselmotor gepusht und den Kat eingeführt. Der Nachhaltigkeitsgedanke war also schon früher da, ge-

ändert hat sich trotzdem wenig. Vielleicht sehen die Älteren jetzt die Chance, an „ihrem“ Thema weiterzuarbeiten.

➤➤ Wie bewertest Du die Teilnahme der Älteren an den Jugenddemos?

Nikolas: Ich finde das zweischneidig. Im Grunde ist die Durchmischung eine gute Sache, aber ich habe den Eindruck, dass wir Jungen aufpassen müssen, dass die Alten nicht den Stil der Proteste bestimmen und das Thema komplett an sich reißen. Anders als frühere Generationen, sind wir heute äußerlich viel unauffälliger, viel schwerer durch unser jeweiliges Auftreten in bestimmten Gruppen zu verorten. Es gibt auch nur noch selten Rebellion gegen das Elternhaus, und irgendwie sind wir bürgerlicher als unsere Eltern. Zudem tun wir uns heute viel schwerer, unser Leben zu ändern, als das früher der Fall war. Man hielt meine Generation darum lange für vollkommen unpolitisch.

➤➤ Gibt es diese Tendenz des An-sich-Reißens der Älteren?

Nikolas: Noch nicht, nein, aber die Gefahr wächst, je größer die Bewegung wird – irgendwann wird jeder behaupten wollen, dabei gewesen zu sein. Selbst die, die uns heute noch belächeln.

➤➤ Oder es kommen lobende Worte von hochrangigen Politikern. Die Bundeskanzlerin und der Papst ...



Autor Andreas Conradt (links) mit seinem Sohn Nikolas Peschel während dessen Dienst in der Seemannsmission in Mäntyluoto in Finnland. Nikolas engagiert sich in der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ und bei der Partei Die Linke.

Nikolas: ... oh, das finde ich so bigott! Besonders von Frau Merkel und der CDU. Ihr Lob ist, fürchte ich, strategisch. Sie hat diesen Titel der „Klimakanzlerin“ völlig zu Unrecht. Im Ernst: Wir durchschauen sehr genau, wer uns da gerade aus welchen Gründen „lobt“.

➤➤ Nämlich?

Nikolas: Wer Politik betreibt, die den Zielen von FFF diametral entgegenläuft, dann aber die Demos lobt – das hat ja schon faustische Züge! Damit sollen strategische Ziele erreicht werden, sonst gar nichts. Auch wenn’s schwer fällt, das zu sagen: Da finde ich die Ablehnung unserer Demos durch Lindner und selbst die Klimaleugner der AfD ehrlicher.

➤➤ Christian Lindner von der FDP? Der gesagt hat, der Klimawandel sei „eine Sache für Profis“, nicht für Schüler/-innen?

Nikolas: Das hat meine Generation schon sehr aufgeregt! Ein unangebrachter, nicht zielführender Satz, vor allem vor dem Hintergrund, dass die FDP ja verstärkt um junge Leute wirbt. Hinter der gelb-lila Fassade der FDP steckt immer noch der verstaubte Liberalismus nach Bonner Art. Keine Spur von Innovation!

➤➤ Es gibt – auch das von Älteren – die Aussage, FFF sei eine neue Jugendbewegung. Was ist da dran?

Nikolas: Es gibt tatsächlich eine Neubewertung der Jugend. Sie wird seit ein paar Monaten aktivistischer und politischer eingeschätzt. Trotzdem würde ich das noch nicht mal als Massenbewegung bezeichnen. Es wird soviel darüber gesprochen, weil FFF zurzeit die *einzige* Jugendbewegung ist, aber weitgehend ohne geschlossenen ideologischen Unterbau. Es gibt ja nur noch

wenig bis gar keine Punks, Hippies, Mods, alle reden von FFF. Darunter vereinen sich dann für diesen einen Zweck konservative Schüler/-innen, typische Linke, Mitläufer/-innen, aber klassische Subkulturen gibt es kaum. Ich würde daher eher von einer Sammelbewegung sprechen.

➤➤ Zurück zu den älteren Demonstranten bei den FFF-Demos: Wäre eine Zusammenarbeit der Alten und Jungen zum Wohle der Bewegung denkbar?

Nikolas: Ich sehe im Moment keinen öffentlichen Austausch der Generationen. Wozu auch: Man sieht ja den Erfolg der Bewegung – wo brauchen wir denn bitteschön Unterstützung? Ehrlich gesagt ist der Abstand zwischen uns Millenials und unserer Elterngeneration sogar größer als der zwischen uns und unseren Großeltern. Die ganz Alten haben ein Deutschland mit rechtem Gedankengut erlebt – und das erleben wir jetzt wieder. In der Welt unserer Eltern spielte das kaum eine Rolle. Die ganz Alten haben 1945 die Unsicherheit einer Stunde Null erlebt – und auch wir fühlen uns durch die Klimakrise am Beginn einer neuen Zeitrechnung. Dagegen waren unsere Eltern verwöhnt durch eine relativ ruhige Zeit – jedenfalls was die persönliche Bedrohung betraf. Wir müssen jetzt zusehen, die Fehler zu vermeiden, die trotzdem gemacht wurden.

➤➤ Jetzt mal konkret: Wie lautet der Vorwurf, den die Jugend der älteren Generation macht?

Nikolas: Sie zählt die Mittel nicht, mit denen unsere Zukunft zerstört wird: Wirtschaftssystem, Freier Markt und Industrie. Und das ist *jetzt* nötig. Irgendwann haben wir nämlich nicht mehr die Wahl, die Wahl zu haben!





Endlagerökonomie

Auch finanziell könnte die Endlagerung ein Fass ohne Boden werden

Finanzen Wer zahlt am Ende die Zeche für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle, die Betriebs- und Nachbetriebsphase, die Zwischenlagerung atomarer Abfälle, fragt **Wolfgang Ehmke**. Und: Gibt es überhaupt eine längerfristige, solide Finanzplanung für die Lagerung des Atommülls?

Entsprechende Fragen hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an das Bundesumweltministerium und die Verwalter des Atomfonds gerichtet, aus Sorge, ob die 24,1 Mrd Euro, die die Atomstromkonzerne in den Fonds eingezahlt haben, für die Zwischenlagerung, Konditionierung und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle überhaupt reichen. Die 24,1 Mrd. Euro sind schon geschrumpft, denn der Anlageerfolg beim Atom-Entsorgungsfonds will sich einfach nicht einstellen. Sowohl auf der Aktien- als auch auf der Anleihe Seite verzeichnete das prestigeträchtige Portfolio 2018 ein sattes Minus. Das geht

aus einem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, berichtete der Berliner „Tagespiegel“ vorliegt. Bis zum Jahresende verloren die Aktien im Fonds demnach 8,6 Prozent an Wert. Bei den Anleihen waren es im selben Zeitraum 3,2 Prozent.

Ein Grund für die schlechten Zahlen ist demnach die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Allein 2018 musste der Atomfonds, der von Anja Mikus – der langjährigen Star-Fondsmanagerin in Diensten von Allianz Global Investors und Union Investment – gelenkt wird, rund 125 Millionen Euro an Negativzinsen an die Bundesbank res-

pektive die EZB überweisen. Dennoch blicken die Autoren zuversichtlich in die Zukunft: „Mittlerweile haben sich die Märkte erholt und die Anlagen des Entsorgungsfonds an Wert zugenommen“, heißt es in dem Bericht. Der Fonds habe die aktuelle Situation genutzt, um günstigere Einstiegspreise für weitere Investitionen zu erreichen.“

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) hat einen – höchst umstrittenen – zeitlichen Rahmen für die Endlagersuche gesetzt. Bis zum Jahr 2050 soll ein Endlager für hochradioaktive Abfälle startklar sein. Bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme, aber auch wäh-

rend der Betriebszeit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts und natürlich auch in der Nachbetriebszeit fallen enorme Kosten an. Kommt der Betriebsbeginn für die Endlagerung, wie zu erwarten ist, ins Rutschen, steigen gleichzeitig auch die Kosten für die oberirdische Zwischenlagerung der Abfälle, für die die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zuständig ist; inzwischen sei nicht mehr von 40 Jahren, sondern von 100 Jahren Zwischenlagerung auszugehen. Die BGZ hat Anfang 2019 alle 13 dezentralen und kraftwerksnahen Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle übernommen, ab 2020 kommen noch die Lagerstätten für schwach- und mittelaktive Abfälle hinzu.

Da es keine Nachschusspflicht der Stromkonzerne gibt, wird die Ausgestaltung der Endlagersuche, aber auch die notwendige Forschung am Ende von Haushaltsberatungen der Parteien bestimmt, und bei einer klammen Kasse wird es unglaubliche Verteilungskämpfe geben – zu befürchten ist eine „Endlagersuche light“, ohne die Möglichkeit von Rücksprüngen, ohne eine notwendige finanzielle Ausstattung von Kommunen, Umweltgruppen und Einzelpersonen, die zu Teilgebiets- und Regionalkonferenzen eingeladen werden und auf Augenhöhe mitreden und Entscheidungen treffen sollen. Infrage steht vor allem eine breit angelegte untertägige Untersuchung mehrerer Standorte in der Schlussphase und natürlich die wachsende Gefahr, dass auf das Bergwerk im Salzstock Gorleben jeder Zeit wieder zurückgegriffen werden kann, weil es im Stand-By-Betrieb gefahren wird. Jährlich werde akribisch ermittelt, welche Kosten für die Endlagersuche beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) anfallen, betont das BMU. Diese Gelder werden jährlich verauslagt.

Alexander Quekwer (BMU) schreibt: „Am Ende eines Haushaltsjahres ermittelt das BfE über eine entsprechende Kosten-Leis-

tungs-Rechnung, welche der ihr bei der Aufgabenwahrnehmung entstandenen Kosten refinanzierbar sind (z.B. Kosten für das Standortauswahlverfahren) und welche nicht refinanzierbar sind (z.B. bloße Unterstützungstätigkeit für das BMU). Die jeweilige Refinanzierbarkeit einer Aufgabe ergibt sich aus dem StandAG.“

Eine längerfristige Planung, die über eine fünfjährige Finanzplanung des Bundes hinausgeht gibt es offensichtlich nicht. Quekwer: „Der BfE-Haushalt und die für die Aufgabenwahrnehmung von BGE und BGZ veranschlagten Haushaltstitel sind unmittelbarer Bestandteil des jeweils vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Bundeshaushalts und der fünfjährigen Finanzplanung des Bundes.“

Vor dem Hintergrund derartiger Berichte erscheint die Prognose, dass das Geld beispielsweise für eine vergleichende Endlagersuche und dabei auch eine weitere untertägige Erkundung weiterer Standorte neben Gorleben ausreiche, doch sehr kühn.

Ein erster kleiner Anhaltspunkt, wie lange das Geld reichen könnte, wäre eine Abrechnung für das Jahr 2018.

Deshalb hakt die BI nach:

1. Gibt es aktuelle Zahlen, was wurde seitens des Bundes an BfE, BGE und BGZ im Jahr 2018 für die genannten Aufgaben gezahlt?
2. Für welchen Zeitraum sollen die 24,1 Mrd. Euro die notwendigen Aufgaben überhaupt abdecken, wer bestimmt über den Umfang der „notwendigen“ Aufgaben und ab wann ist damit zu rechnen, dass dann der Bund nachschießen muss?
3. Sind BfE, BGE und BGZ überhaupt aufgefordert worden, eine Abschätzung vorzulegen, welche Kosten bei der Zwischenlagerung bis zu Beginn einer Endlagerung, welche Kosten bei einer vergleichenden Endlagersuche und welche Kosten bei Inbetriebnahme eines Endlagers, der Konditionierung der Abfälle und des Betriebs entstehen könnten?



Korrektur

In unserer Ausgabe IX-X 2018 haben wir auf Seite 12 unter der Überschrift „Nicht beliebig lang“ in Bezug auf die Genehmigungsfristen Gorleben und Ahaus berichtet:

„Der Präsident des Bundesamtes für Entsorgungssicherheit (BfE), Wolfgang König, sagt [...] die Lager [seien] weit über 40 Jahre hinaus sicher.“

Tatsächlich hat er sich so nicht geäußert. In unserer Sorge um den Ablauf der zukünftigen Genehmigungsverfahren haben wir ihn falsch verstanden.

Das BfE wiederholt, dass die Sicherheitsnachweise mit dem Auslaufen der Genehmigungen grundlegend neu und nach dem dann gültigen Stand von Wissenschaft und Technik überprüft werden.



Schlechtes Geschäft fürs Gemeinwesen

Der Atomfonds kommt uns teuer zu stehen

Finanzen Mit der Installation eines so genannten Atomfonds wird der Öffentlichkeit suggeriert, die Finanzierung der Endlagerung des gesamten deutschen Atommülls sei gesichert. **Michael von Wunsch** erläutert, warum das Geld nicht reichen wird.

Der im Sommer 2017 ins Leben gerufene Atom-Entsorgungsfonds hat Probleme auf mehreren Ebenen. Der Fonds ist das Ergebnis eines heiklen Pakts zwischen Politik und Atomindustrie. Die Betreiber der Kernkraftwerke sind mit einem Schlag und dauerhaft von gewaltigen Risiken befreit worden, die mit der langfristigen Entsorgung des Atommülls zusammenhängen. Seitdem trägt allein der Bund die Verantwortung für die Finanzierung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aus Errichtungen, Betrieb und Stilllegung der Kraftwerke und aus der Endlagerung aller radioaktiver Abfälle. Als Gegenleistung sind die Betreiber verpflichtet worden, den im Entsorgungsfondsgesetz fixierten Betrag von rund 24 Milliarden Euro in den Atomfonds einzuzahlen. In Anbetracht des riesigen Zeithorizontes und der unkalkulierbaren Höhe der künftigen Entsorgungsaufwendungen dürfte sich der Betrag als Trop-

fen auf dem heißen Stein erweisen. Für die Allgemeinheit ist der Pakt ein miserables Geschäft, wie ich in drei Punkten zeige.

Erstens ergibt sich ein finanztechnisches Problem bereits auf der Ebene der Bemessung der Höhe des Atomfonds. Die Zahlungen der Atom-Konzerne sind zu gering. Für die Diskontierung der geschätzten Entsorgungskosten in Höhe von rund 47,5 Milliarden Euro wurde ein nomineller Abzinsungssatz von 4,58% zugrunde gelegt. Der Kalkulationszins hat in der Konsequenz die Einzahlungsbeträge der Atom-Konzerne in den Atomfonds nach unten getrieben. Umgekehrt betrachtet, müsste jährlich eine Rendite in Höhe dieses Zinssatzes erzielt werden, um die künftigen Entsorgungskosten aus dem Fonds finanzieren zu können. Das ist durchaus eine Hürde. Die Konzerne mussten aber nicht mal den sich rechnerisch ergebenden Barwert von rund 38 Milliarden

Euro einzahlen, sondern der Bund begnügte sich mit rund 24 Milliarden Euro. Der Verzicht auf eine Nachschusspflicht für die Unternehmen zeigt zudem, wie defensiv der Staat verhandelt hat. Zu erwartende Kostensteigerungen der Atommüll-Entsorgung müssen vom Gemeinwesen finanziert werden.

Zweitens zeigt sich bereits jetzt, wie schnell Teile des Fonds aufgezehrt werden können. Die Anlage der Mittel unterliegt zwar der Aufsicht der zuständigen Bundesministerien (BMF, BMW und BMU), doch ist das Fondsmanagement für die Geschäftsführung des Fonds verantwortlich. Die Investitionen unterliegen unbarmherzig den Auf- und Abschwüngen der Finanzmärkte. Spekulativ aufgeblähte und geplatzte Preisblasen haben in der letzten Finanzkrise Unheil gestiftet und die Zukunft wird davon nicht unberührt bleiben. Dies trifft auch den Atom-

Entsorgungsfonds. Ende 2018 betrug das Eigenkapital des Fonds gemäß einem Schreiben des Wirtschaftsstaatssekretärs nur noch 23,4 Milliarden Euro. Dafür werden vor allem drei Begründungen geliefert: Abstürze an den Börsen und Negativzinsen an die Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank. Der Bestand an Barmitteln soll Ende 2018 noch 19,2 Milliarden Euro betragen haben und wird in den kommenden Jahren in weitere Finanztitel investiert. Dazu kommen die laufenden Ausgaben für die Endlager-suche. Während der Dax im Jahresverlauf um 18% einstürzte, minderte sich der Wert der Aktien im Fonds um 8,6%. In der Tat kann sich das Fondsmanagement kaum den strukturellen Bewegungen an den Börsen entziehen. Die Streuung der Risiken ist durchaus normal und die Verfolgung einer defensiven und ethisch orientierten Anlagestrategie sinnvoll. Auch der milliarden-schwere norwegische Staatsfonds hat einen Wertverlust von 6,1% hinnehmen müssen.

Drittens ist es unverantwortlich, dem Staat die Folgekosten der Atomwirtschaft aufzubürden. Der Staat übernimmt die künftige Finanzierung der Entsorgungsaufgabe und vertraut dabei auf den Nutzen der Finanzmärkte. Auf der Strecke geblieben ist dabei der im Wirtschaftsleben geltende Grundsatz, dass der Investor für das damit verbundene Risiko zu haften hat. Das Handlungsmuster ist bekannt. In der Finanzkrise sind gerade die großen Bankinstitute, die als „too big to fail“ galten, vom Staat gerettet worden. Die Energiekonzerne genießen offenbar ein ähnliches Privileg. In Anbetracht der auf künftige Generationen zukommenden nahezu endlosen Folgekosten müsste die Bereitstellung von Haftungsmitteln für die Verursacher eigentlich eine Dauerverpflichtung sein. Darüber hinaus könnte überlegt werden, der gesamten Wirtschaft, die von subventioniertem Atomstrom profitiert hat, eine Sondersteuer aufzuerlegen.

Vorlesungen in Berlin

Der Atomkonflikt in Deutschland – bis in alle Ewigkeit?

Seit dem 10. April und noch bis zum 10. Juli findet eine Ringvorlesung des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität in Berlin statt, jeweils mittwochs von 17 bis 19 Uhr. Das Besondere: Wissenschaftler/-innen, Politiker/-innen und Aktivist/-innen kommen zu Wort, wenn es um die Aufarbeitung des Atomkonflikts in Deutschland und den angeblichen Neustart der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle geht. Mit Asta von Oppen, Martin Donat, Dieter Schaarschmidt, Rebecca Harms und Wolfgang Ehmke stammen gleich fünf Referent/-innen aus dem Wendland. Auch Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt, wird am Podium teilnehmen.

22.05.2019 | 17:00 – 19:00

Die Wissenschaft im Atomkonflikt – in der Vergangenheit und Zukunft
Diskussion mit Dr. Armin Grunwald, Dr. Axel Liebscher, Prof. Dr. Christian von Hirschhausen
Ort: Seminarzentrum

29.05.2019 | 17:00 – 19:00

Gorleben – ein schweres politisches Erbe für die Standortsuche
Diskussion mit Martin Donat, Stefan Wenzel, Michael Sailer
Ort: Seminarzentrum

05.06.2019 | 17:00 – 19:00

Ökonomie der Endlagerung – wer zahlt die Zeche?
Diskussion mit Jürgen Trittin, Prof. Dr. Claudia Kemfert
Ort: Seminarzentrum

12.06.2019 | 17:00 – 19:00

Dem Staat vertrauen? Jugendliche in der Standortsuche
Diskussion mit Linda Mederake, Lukas Fachtan, Dagmar Dehmer
Ort: Seminarzentrum

19.06.2019 | 17:00 – 19:00

Atommüll in der EU – eine Gemeinschaftsaufgabe?
Diskussion mit Rebecca Harms, Jan Haverkamp
Ort: Habelschwerdter Allee 45

26.06.2019 | 17:00 – 19:00

Der Forschungsreaktor in Wannsee: das Dialogverfahren zum Rückbau
Diskussion mit Dr. Stephan Welzel, (angefragt), Vertreter/-innen der Dialoggruppe (angefragt), Silke Freitag, Moderatorin (angefragt)
Ort: Habelschwerdter Allee 45

03.07.2019 | 17:00 – 19:00

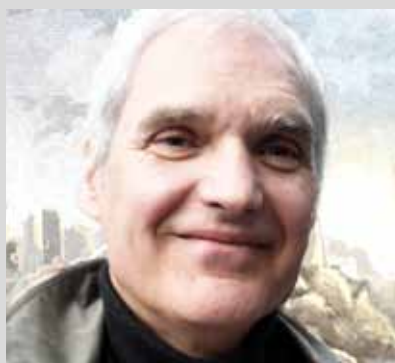
Beteiligungsverfahren im Realexperiment
Diskussion mit Jochen Stay (ausgestrahlt), Roland Schüler, Dr. Monika C.M. Müller
Ort: Seminarzentrum

10.07.2019 | 17:00 – 19:00

Ausblick: Von der Zwischen- zur Endlagerung – was bringt die Zukunft?
Diskussion mit Wolfram König, Asta v. Oppen, Sylvia Kotting-Uhl
Ort: Seminarzentrum

Veranstaltungsorte

- Seminarzentrum, Raum L115 und L116, Otto-von-Simson-Str. 26, 14195 Berlin
 - Raum KL25/134, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin
- beide: U3 Dahlem-Dorf, Bus 110, M11, X83



Michael Wuntsch ist Professor für Betriebswirtschaft, Mitglied im Netzwerk Steuergerechtigkeit in Berlin und Autor des Buchs „Wohin treibt die kapitalistische Gesellschaft – Eine Lebensform in der Krise.“



Alles wie früher?

Die Verhaltensmuster in der „neuen Endlagersuche“ ähneln der der „alten“

Bürgerbeteiligung Kaum gestartet, gibt es besorgniserregende Nachrichten vom Verfahren der so genannten „neuen Endlagersuche“: Ein Bürgervertreter verlässt genervt das Nationale Begleitgremium, zwei Anti-Atom-Initiativen werden von einer Bundesbehörde bedrängt. Ein Bericht von **Andreas Conradt**

Von Beginn an haben Anti-Atom-Initiativen auf Fehlentwicklungen zuerst in der Endlagerkommission, später im Standortauswahlgesetz (StandAG) und dem darin festgelegten Verfahren hingewiesen und insbesondere die unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung – auch durch das Nationale Begleitgremium (NBG) – angeprangert. Befürchtet wurde, dass die so genannte „neue Endlagersuche“ durch Schein-Öffentlichkeitsbeteiligung und andere kosmetische Eingriffe nur ein freundlicheres Gesicht verpasst bekommen, das alte Prinzip des Durchdrückens aber ähnlich wie in 35 Jahren Gorleben im Grunde wei-

tergeführt werden soll. Insbesondere die BI Lüchow-Dannenberg als seit 1977 betroffene Standort-Initiative wurde nicht müde zu mahnen.

» Befürchtungen bestätigt

Dennoch kam der Rücktritt eines der Mitglieder des NBG schon zu so frühem Zeitpunkt im Prozess der Endlagersuche auch für sie überraschend. Ende Februar hatte Professor Hendrik Lambrecht seine Aufgabe als „Zufallsbürger“ im NBG hingeschmissen: „Unter den derzeitigen Bedingungen kann ich meiner Rolle als Bürgervertreter im Nationalen Begleitgremium

nicht mehr gerecht werden.“ Der Rücktritt ist aus Sicht der BI ein Weckruf an Gesetzgeber und Bundesbehörden, die mit der Suche nach einem Atommüllendlager betraut sind, denn Lambrecht fordere bei der Endlagersuche schlicht „Augenhöhe“ aller Beteiligten - und Fairness. Das Fehlen von beidem wurde von den Wendländer/-innen vom ersten Tag der „neuen Endlagersuche“ bemängelt. Professor Lambrecht bestätigte durch seine Rücktrittserklärung die Befürchtungen. Dass sogar im NBG ein derartiges Gefälle aufträte, so die BI, sei alarmierend. In einer Erklärung spricht Lamb-

recht von gleich mehreren systemischen Unzulänglichkeiten im NBG: So kritisiert er zum einen, dass zuletzt noch mehr Sitzungstage beschlossen und Berlin – entgegen der bisherigen Praxis – als Standardtagungsort bekräftigt wurde. Er äußerte die Befürchtung, dass diese Entwicklung die Bürgerbeteiligung im NBG grundsätzlich in Frage stellt.

» NBG sollte Vorbild sein

„Die gleichen Probleme – Arbeitsüberlastung, fehlende finanzielle Ausstattung für die wissenschaftliche Beratung und die notwendige Koordination – werden auch auf all diejenigen aus der Zivilgesellschaft zukommen, die kein Amt, keine Behörde, keine Firma im Rücken haben, um bei den kommenden Teilgebiets- und Regionalkonferenzen auf Augenhöhe mithalten zu können,“ gibt die BI zu bedenken. Laut Lambrecht sei es aber ein Prüfstein und Vorbild für die Bürgerbeteiligung im gesamten Verfahren, wie ernsthaft das NBG die Bürgervertreter/-innen beteiligt. Und eben da hape es gewaltig: Kritik beispielsweise am geforderten Tempo bei der Bewältigung der Informationsflut und am Mangel von Hintergrundinformation würde ignoriert, ein „Nachteilsausgleich“ für die Zufallsbürger gegenüber den professionellen Gremiumsmitgliedern sei nicht vorgesehen. Hinzu kam offenbar ein zunehmender Rechtfertigungs- und ein „in anderen Gremien“ üblicher Anpassungsdruck. Beides könne jedoch, so Lambrecht, „die Chance für neue Ideen verbauen.“

» Bedenklicher Umgang mit Kritiker/-innen

Lambrecht geht nicht so weit, dem NBG den Vorwurf vorsätzlicher Verhinderung von Bürgerbeteiligung zu machen. Einer solchen sehen sich aber gerade zwei andere Organisationen ausgesetzt, noch dazu von einer dem NBG „vorgewetzten“ Behörde: Als einzige Bürgerinitiative, in deren Region ein potenzieller Endlagerstandort schon benannt und ein Lager fast fertig gebaut wurde, ist – ers-

tens – die BI Lüchow-Dannenberg kürzlich vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) für eine überspitzte Äußerung bezüglich der Langzeitlagerung von Atomüll juristisch angegriffen worden. Nur Wochen nach dem gerichtlichen Vergleich zwischen BI und BfE traf es – zweitens – die einzige Anti-Atom-Organisation, die sich bundesweit mit großem Engagement kritisch mit dem Standortauswahlverfahren befasst: .ausgestrahlt und ihren Sprecher Jochen Stay.

Ein, wie häufig bemüht, „lernen des Verfahren“, das die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sondern die Öffentlichkeit angeblich weit gehend beteiligen möchte, sieht anders aus.

In dem vom BfE publizierten und von dessen Präsidenten Wolfram König zu verantwortenden Text wird Jochen Stay aber persönlich angegriffen und behauptet, er habe sich „im Gegensatz zu anderen Umweltverbänden“ nicht an einer „gesamtgesellschaftlich zusammengesetzten Kommission“ beteiligt, die „von 2014 bis 2016 Empfehlungen für die Novellierung des Standortauswahlgesetzes“ ausarbeitete – gemeint ist die so genannte Endlager-Kommission.

» Alter Geist

Gegen diese Darstellung haben Anti-Atom-Initiativen umgehend protestiert und sie in einer Solidaritätserklärung mit .ausgestrahlt und Stay als „Lügen und Falschdarstellungen“ zurückgewiesen, die zudem „in persönlich diffamierender Weise“ formuliert seien. Dass die drei Fälle – die Schwergängigkeit des NBG im Umgang mit „Zufallsbürgern“ und das Verhalten des BfE gegenüber .ausgestrahlt und der BI Lüchow-Dannenberg – demselben Geist entspringen wie die „alte Endlager-suche“ der vergangenen 40 Jahre, legt auch eine Passage in der Erklärung von Lambrecht nahe: Er bemängelt, dass die „Vorsitzenden (des NBG, Anm. d. Red.) einen deutlich größeren Einfluss als die übrigen Mitglieder haben: Sitzungsleitung, Treffen mit den Präsident/-innen anderer Akteure (z.B. BfE, BGZ, UBA), Festle-

“

Das Verhalten der Behörden und Gremien der „neuen Endlager-suche“ unterscheidet sich kaum von der bisher geübten der Praxis

gung von Tagesordnung, Terminen und Tagungsorten“ seien üblich, ohne dass den Zufallsbürgern diese Möglichkeiten offen stünden. Jochen Stay sagte dazu: „Das ist alleine schon unter dem Aspekt verwunderlich, dass das BfE sowohl in seiner Rolle als Aufsichtsbehörde als auch in seiner Rolle als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung zu einer gewissen Neutralität verpflichtet ist, diese hier aber vermissen lässt. Wer aber als Atomüll-Behörde so mit Kritiker/-innen umgeht, macht keine Hoffnung auf einen Kulturwandel und schreckt eher all diejenigen ab, die zukünftig Mängel im Verfahren oder im Handeln der Institutionen entdecken.“





Schicht im Schacht

Gorleben Die rund um das Gelände des Bergwerks Gorleben errichtete Mauer wird abgerissen, das Bergwerk selbst geht in den Offenhaltungsbetrieb über. Ein Teilstück der Mauer bleibt auf Initiative des Landkreises und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg als Ort der Erinnerung erhalten. Doch noch ist Gorleben nicht Geschichte. Von **Andreas Conradt**

Offiziell bekanntgegeben wurden Abriss und Erhalt eines Mahnmals bei einem gemeinsamen Termin, an dem neben Landrat Jürgen Schulz (parteilos) und dem Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), Wolfgang Ehmke, auch der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth sowie der Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Stefan Studt teilnahmen. Das ehemalige so genannte Erkundungsbergwerk befindet sich nun im Offenhaltungsbetrieb. Umwelt-Staatssekretär Flasbarth: „Mit dem Erhalt eines Teilstücks der Mauer bewahren wir die Erinnerung an einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Konflikt in unserem Land. Die Gorlebener Mauer steht als Symbol für die Jahrzehnte dauern-

de Auseinandersetzung um die Atomenergie in Deutschland.“

Ende der 1970er Jahre hatte die damalige niedersächsische Landesregierung mit Zustimmung der Bundesregierung Gorleben als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum einschließlich eines Erkundungsbergwerks für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bestimmt. Mit der Errichtung des Bergwerks wurde 1986 begonnen. Im Zuge der Verhandlungen über den Atomausstieg war im Jahr 2000 zunächst ein zehnjähriges Moratorium für die Erkundung des Salzstocks beschlossen worden. Im Zusammenhang mit der 2009 beschlossenen Laufzeitverlängerung hatte man sich auf die Wiederaufnahme der Erkundung geeinigt. Endgültig gestoppt wurde die Erkundung im

Jahr 2013 mit Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes. 2014 schließlich einigten sich Bund und Land auf einen Rückbau des Bergwerks und seine Offenhaltung im Zuge des Standortauswahlverfahrens. Zu diesem Beschluss gehört auch der Rückbau der Mauer. Seither wurden Maschinen und Geräte aus dem Bergwerk entfernt und die Strecken unter Tage weitgehend abgesperrt, Stromleitungen entfernt, Infrastruktur zurückgebaut.

Reine Symbolik nennt das die BI Lüchow-Dannenberg, denn Gorleben sei bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle laut Gesetz weiter gesetzt und ließe sich binnen kurzer Zeit wieder aktivieren. „Deshalb bleiben wir auf der Hut und müssen dafür kämpfen, dass es am Ende nicht heißt,



das war eure Ehrenrunde, wie es der damalige Umweltminister Peter Altmaier uns einst ins Gesicht sagte“, unterstreicht die BI. Das Standortauswahlgesetz (StandAG) und ein enger Zeitplan bei der Endlagersuche böten bisher keine Möglichkeiten für „Rücksprünge“, der Finanzierungsrahmen sei eng und Partizipationsangebote blieben aufs Mitreden beschränkt. „Mitentscheiden können die Menschen in betroffenen Regionen bisher nicht“, kritisierte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Erst wenn das Gesetz entsprechend novelliert wird, kehre Fairness ein.

Zunächst aber wird die Mauer um das Bergwerksgelände in den kommenden Wochen abgerissen, berichtet die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Sie hat sich bereit erklärt, bei der Erfüllung des Wunsches der BI nach einem Ort der Erinnerung behilflich zu sein. Damit würde diese Stelle

für die Öffentlichkeit zugänglich. „Auch für die BGE“, so deren Geschäftsführer Stefan Studt, „ist Gorleben ein wichtiger Bezugspunkt. Wir gehen auf die Region zu, um unseren Beitrag zu leisten, die Kämpfe der Vergangenheit zu überwinden.“ Er verspreche sich vom Mauer-Projekt, dass sich diese „Kooperation zu einem dauerhaften Dialog mit der Region entwickelt“. Dort allerdings richtet man sich darauf ein, dass es ein langer, harter Kampf bleibe, damit Gorleben „auf dem Misthaufen der Atom-Geschichte landet“, sagte BI-Sprecher Ehmke. Denn wieder einmal seien die geologischen Auswahlkriterien so zugeschnitten, dass der Standort im Suchverfahren weiter fortgeschleppt werden kann. „An keiner Stelle in der Republik steht ein Bergwerk bereit, das ist der Schatten der Vergangenheit und eine schwere Hypothek. Aber nirgendwo sonst ist der Widerstand so stark in der Bevölkerung verankert. Das ist unsere Chance!“





Gorleben Vor Kurzem hat Archäologie-Doktorand Attila Dészi Fundstücke seiner Grabungen auf dem Gelände des ehemaligen Atomprotest-Hüttendorfes 1004 bei Gorleben präsentiert. Ein Kulturdenkmal wird daraus aber eher nicht. So berichtete **Jens Feuerriegel** am 25. Februar 2019 für die Elbe-Jeetzel-Zeitung über die Veranstaltung.

Anrückende Polizei und Bulldozer haben die Matratzenlieger jäh aus ihrer Bettruhe gerissen. Sie mussten Handspiegel, Kerzen, Spielkarten und eine Whiskyflasche einfach stehen und liegen lassen. Die Planiermaschinen gruben die Hütte kurz darauf auf der Tiefbohrstelle 1004 bei Gorleben. 38 Jahre später buddelt der Hamburger Archäologie-Doktorand Attila Dészi auf dem Gelände und legt die komplette Hütte frei. Die Matratzen, sagt Dészi, seien noch fast perfekt erhalten. Den Volltreffer bezeichnet er als einen „eingefrorenen Moment“ – „spannend“. Rund 1800 Fundstücke hat Dészi im Rahmen seiner Forschungen gesichert. Einige von ihnen waren im Februar dieses Jahres auf einer Ausstel-

lung im Platenlaaser Café Grenzbereiche zu sehen.

Es gibt Archäologen, die rümpfen über Grabungen zur jüngeren, un-abgeschlossenen Geschichte wie diese die Nase. Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) dagegen lobt, das Dészi „Geschichte ausgegraben“ habe, und zwar nicht nur archäologisch, sondern auch im Gespräch mit Zeitzeugen. Dészi habe den Gorleben-Widerstand „vermessen“, zeige die Verbindung zwischen Vergangenheit und politischer Gegenwart auf.

Doch das wirft Fragen auf: Ist das denn überhaupt schon Archäologie? Oder ist das nicht vielmehr Zeitgeschichte und Politik?

Rückblende. Utopia war nur kurz. Die „Freie Republik Wendland“ dann wohl auch die kürzeste selbst erklärte Republik der Geschichte. Am 3. Juni 1980 beendeten Polizei und Maschinen das Eigenleben des Anti-Atom-Hüttendorfes 1004 auf einem Gelände, auf dem schon bald Tiefbohrungen für das Atomendlager Gorleben starten sollten. Über 1000 Menschen lebten dort seit Anfang Mai in Hütten, gaben sich eigene Pässe und sendeten sogar über einen eigenen Radiokanal. 33 Tage lang durften die Gorleben-Gegner ihre autonome Gesellschaft ausleben: gegen den Atomstaat, für die Utopie einer neuen Gesellschaftsform, für neue Energieformen. Attila Dészi will mit seiner Arbeit nachzeichnen, wie das Pro-

Eingefrorener Moment

Archäologische Grabung in der Freien Republik Wendland



test-Dorf aussah und wie das Alltagsleben dort funktionierte. Er will „die Vergangenheit rekonstruieren“ und die „Bedeutsamkeit des Ortes“ freilegen. Dabei stieß er auf viel Banales: eine zugeschüttete Abfallgrube der Polizisten mit leeren Cola-Büchsen beispielsweise oder das Titelblatt einer Ausgabe des Satire-Magazins „Titanic“. Die freigelegte Hütte dagegen sei eine Überraschung gewesen.

Dészi ordnet seine Arbeit in die Archäologie der Moderne ein: Es sei ein Zeitalter der Zerstörung, aber auch „der Hoffnung auf Veränderung“. Das Wendland ist für ihn genau der Ort, der dafür steht. Er weiß aber selbst, auf welch schmalen Grat er sich archäologisch bewegt. Denn geforscht habe er in „unabgeschlossener Geschichte“, und das sei „eigentlich paradox für die Archäologie“. Sind das Hüttendorf 1004 und seine Ge-

schichte also mehr als ein politisches Kulturerbe, womöglich sogar ein Kulturdenkmal? Darüber ließen das Gorleben-Archiv und die BI in Plattenlaase diskutieren.

Dr. Mario Pahlow vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie-Professor Dr. Reinhard Bernbeck von der Uni Berlin verneinten dies. Pahlow betonte, dass sich ein Kulturdenkmal nur auf eine vergangene Zeitepoche beziehen könne. Die Archäologie sei normalerweise auf abgeschlossene Prozesse beschränkt. Er sieht 1004 eher als wichtige archäologische Fundstelle, die allerdings nicht gefährdet und deswegen kein Kulturdenkmal sei. Archäologisch sei das Projekt umstritten. Doch das Thema Gorleben sei durch die Arbeit Dészis jetzt wieder präsenter: „Das ist das Verdienst dieses Projektes.“



Celler Loch

präsentiert von Wolfgang Ehmke

Als im März 1979 der Gorleben-Treck nach Hannover begann, ließ Justizminister Hans-Dieter Schwind (CDU) im Celler Gefängnis vorsorglich über 100 Zellen für die Teilnehmer freihalten; die „Schlacht um Gorleben“ stehe bevor, so Schwind. In Lüchow wurde die Polizei aufgestockt, der Bau der 40-Millionen-DM-Polizeikaserne geplant. Der niedersächsische Verfassungsschutz meldete Extremisten mit Stützpunkten in Wohngemeinschaften im Wendland... Der Treck vor 40 Jahren, der aus Godelitz nach Hannover tuckerte, machte deshalb in Celle am Knast halt, um gegen die Stigmatisierung und Kriminalisierung des gewaltfreien Widerstands gegen das Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben zu protestieren.

Berühmt wurde die Justizvollzugsanstalt Celle durch ein Ereignis im Jahr zuvor. Am 25. Juli 1978 rumste es dort, es gab es einen Anschlag auf die Knastmauern der JVA. Erst 1986 wurde aufgedeckt, dass die Geheimdienste, Polizei und hohe Stellen der damaligen Bundesregierung von Helmut Schmidt und Ernst Albrecht hinter dieser Aktion steckten. Es war die Zeit nach der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyers durch die Rote Armee Fraktion (RAF), Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hatte um „exotische Lösungen“ im Kampf gegen den deutschen Linksterrorismus gebeten und Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) fühlte sich herausgefordert, eine solche „Lösung“ anzubieten. Immer wieder wurde auch versucht, den Gorleben-Widerstand in die Nähe der RAF zu rücken.

Das Loch in die Mauer des Hochsicherheits-Zuchthaus im niedersächsischen

Celle hatten Terroristen gesprengt. Sie wollten das Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF) Sigurd Debus befreien. So stand es in der Zeitung, Fernsehen und Radio berichteten in Eilmeldungen, Polizei, Staatsanwaltschaft und Politik hatten die Einzelheiten vorgegeben. Niedersachsens Justizminister Schwind war eigens mit einer Kohorte von Journalisten vor das „Celler Loch“ geeilt, um die linken Terroristen anzuklagen.

Der SPIEGEL bereicherte die Kampagne gegen links und kannte drei Wochen danach auch schon Hintergründe. Insgesamt war auf sechs Heftseiten von „mehr als 50 Anschlägen der Sprengstoffbrigaden“ die Rede, ein Bild vom Celler Loch wurde auch gedruckt. Mit wissendem Finger zeigte das Blatt nach links auf die angeblichen Täter und textete: „Zur wichtigsten Erscheinungsform des westdeutschen Terrorismus haben sich die ‚Revolutionären Zellen‘ entwickelt...“

Dieses kleine Loch in der Gefängnismauer riss ein riesiges Loch ins Vertrauen in den Staat. Was damals 1978 rund um die Justizvollzugsanstalt Celle geschah, war gleichermaßen so absurd, dass ein Drehbuchautor es kaum schräger hätte erfinden könnte. Andreas Döring, Intendant am Schlosstheater und Regisseur, hatte 1989 vom „Celler Loch“ gehört. Damals arbeitete er noch in der Schweiz. Als Döring 2014 nach Celle ans Schlosstheater kam, brachte er schon die Idee mit: Irgendwann würde er ein Theaterstück daraus machen. Das Schlosstheater Celle hat diese Story jetzt in ein Schauspiel umgewandelt, ein Musical im Stil der Blues Brothers, das kürzlich uraufgeführt wurde. Das Stück ist noch bis Ende Mai im Programm.

Spaceman Spiff
Oh Bartleby

besprochen von Nora Krohn



Irgendwer hat versucht
 mit leuchtenden Augen
 und Milch im Gesicht
 Herz ohne Gewicht
 auf der Stelle zu gehen

Irgendwer hat versucht
 alles Runde zu meiden
 und mit Geschick
 alle Kanten im Blick
 sich im Achteck zu drehen

Irgendwer hat versucht
 keine Uhr mehr zu tragen
 nur ein Er und ein nacktes Handgelenk
 am Rande der Zeit

Irgendwer hat versucht
 durch den Alltag zu reisen
 der Weg ins Büro
 ist sowieso so fürchterlich weit

Und alle haben sie gezweifelt
 und über ihn gelacht

Irgendwer hat versucht
 sich nicht zu verbergen
 im Weltall zu leben
 und Klingonisch zu reden
 ohne sich zu genießen

Sein Alter hat irgendwer ganz ein-
 fach vergessen
 bloß nicht alt, nicht zu jung
 noch immer in Schwung
 und kein Ruf zu verlieren

Irgendwer hat versucht
 gelassen zu bleiben
 den Zeitgeist im Nacken und
 den Tod auf den Fersen zu ignorieren

Irgendwer hat versucht
 ein Niemand zu werden
 von Narben befreit
 unendlich bereit
 rum zu existieren

Und alle haben sie gezweifelt
 und über ihn gelacht

um dann auf ihn zu hoffen
 auf irgendwen zu hoffen

Er begegnet ihr nun immer öfter. Mal runzelt er kritisch die Stirn in falscher Sorge, mal belächelt er sie wissend von seinem hohen Ross aus. Er guckt sie an – mit dieser perfiden Mischung aus unverhohlener Skepsis, verkapptem Neid und heimlicher Hoffnung. Früher trieb sie sein Zweifel in die Verzweiflung, doch mittlerweile zeigt er ihr, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Ihrem Weg. Er – dieser Blick. Dieser Blick, der ihr entgegenspringt, wenn sie auch nur beginnt, von ihren Plänen, Vorhaben und Visionen zu erzählen. Dieser Blick, der sagt: „Träum weiter, Mädchen.“ Gerne gefolgt von der fast schon höhnischen, jedoch wenig kreativen Frage: „Und wie willst du das machen, finanzieren? Wovon willst du leben?“ Als wäre sie nicht selbst auf diese basale Frage gekommen. Als hätte sie ihre kühnsten Herzenswünsche nicht schon längst ins Leben gezogen, wenn es diese Hürden nicht gäbe.

Seit sie sich entschieden hat, zu sich zu stehen – mit allen ihren Farben, Facetten und Verrücktheiten –, spürt sie immer mehr, wie eng die Normen dieser Gesellschaft geschnürt sind. Was die Leute nicht alles irritiert. Sie tanzt auf Bahnsteigen, singt beim Radfahren, wirft mit Lächeln und Komplimenten ohne Absicht um sich wie mit Konfetti. Sie zieht in andere Städte aus wenig konventionellen Gründen, einfach weil es sich richtig anfühlt. Sie nimmt ihre Träume ernst und in die Hand, zieht sie an, packt sie aus und baut mit ihnen ihr Leben auf. Sie braucht keinen Beruf, sondern folgt ihrer Berufung. Sie braucht sie nicht einmal zu suchen, sie ruft sie ja. Sie braucht nur hinzuhören. Und sie hört hin.

Shuffle schenkt mir diesen Song, als ich die Musikbibliothek meines Smartphones bemühen muss, da das Breitband in Katemin offenbar noch nicht angekommen ist. Spaceman Spiffs *Oh Bartleby* ist simpel aufgebaut, doch öffnet ein großes Fass mit unvermuteter Tiefe. Die Musik schleicht sich verstohlen in die Ohren – anfangs kaum hörbar – ein sphärisches Flirren unter entfernten luftigen Klängen bis sich einsam verträumte Gitarrenakkorde darüber legen und bald darauf der Gesang einsetzt. Nach dem Refrain erheben sich Tempo und Volumen, werden schneller, lauter und voller, um dann nach der zweiten Strophe wieder in sich zusammenzufallen und die entscheidenden letzten Verse wieder pur und in ihrer Einfachheit umso kraftvoller einschlagen zu lassen.

Der Titel zitiert Herman Melvilles 1853 erschienene berühmte Shortstory *Bartleby the Scrivener*, die in zwei Ausrufen endet: „Ah Bartleby! Ah humanity!“ Diese Referenz verbindet den Song so mit einem ganzen Diskurskosmos, der sich um diese vielschichtige, mehrdeutige und tiefgründige Kurzgeschichte entsponnen hat. Für den Song sticht vor allem die radikale Weigerung Bartlebys hervor, den konventionellen Erwartungen der Gesellschaft zu entsprechen.

Ein Lied für all jene, die abseits vom Mainstream schwimmen und unbekannte Wege wagen. Die etwas ausprobieren, was unwahrscheinlich oder gar unmöglich scheint. Die es in Kauf nehmen, angezweifelt und verlacht zu werden. Die das Risiko eingehen, scheitern zu können und immer wieder zu scheitern, doch eben auch mit der Chance, dabei über etwas Ungeahntes zu stolpern. Denn nur so können wir Neues entdecken.



Mittendrin oder mit dabei?

Portrait Lieber Pressefotograf, der aktiv am Geschehen teilnehmen möchte? Oder lieber Aktivist, der gerne fotografisch dokumentiert? Oder beides? Ob und wie das geht, darüber sprach Wilma Wallat mit Jan Schenk.

Jan Schenk ist Fotograf. Das Studium der Fotografie führte ihn nach Berlin an die bekannte Ostkreuz-Schule. Sein Interesse gilt bis heute der themenorientierten Reportage-Fotografie. „Ich möchte berichten über Sachen, die mir wichtig sind.“ Kein Wunder, dass seine Abschlussarbeit Fotos vom Gorleben-Widerstand beinhaltet.

Und Jan Schenk ist Aktivist. Er lebt seit einigen Jahren in Meuchefitz und ist aktiv im Widerstand gegen das französische Endlagerprojekt BURE. Der Anti-AKW-Widerstand und antikapitalistische, antifaschistische und Anti-Globalisierungsarbeit gehören für ihn zusammen.

Beide Rollen – Fotograf und Aktivist – ließen sich aber irgendwann nicht mehr so recht vereinbaren. Also alles auf Anfang, und auf in eine neue berufliche Zukunft, die Jan durch sein Hobby „Klettern“ aufgezeigt wurde.

Erfahrungen in der Aktionskletterszene brachten ihn schließlich zur Erlebnispädagogik. Er absolvierte eine entsprechende Ausbildung, organisiert heute bei verschiedenen Trägern erlebnispädagogische Angebote (Klettern für Kinder und Jugendliche) und hat inzwischen mit einem Freund einen eigenen Träger gegründet (erleben-leben.org). Neben erlebnispädagogischen Aktivitäten für verschiedene Altersklassen, stehen Team- und Kommunikationstrainings im Vordergrund.

Fotograf und Aktivist zu sein, das gelingt Jan in seinem aktuellen Projekt „Verbrannte Orte“, einem Online-Atlas zu den Plätzen der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen. „Die Alsterschwimmhalle, in der ich als Kind schwimmen gewesen bin, steht an einem Platz, an dem Bücherverbrennungen stattgefunden haben.“ Solche Orte werden für den Onlineatlas fotografisch dokumentiert und die Bilder um Informationen über das historische Geschehen ergänzt (www.verbrannte-orte.de). So soll Zugang geschaffen werden zu Or-

ten des Gedenkens und der Mahnung. Die Resonanz auf das Projekt ist groß, nicht nur die wendländische Elbe-Jeetzel-Zeitung stellte es vor; Jan wird von Bibliotheken, Stadtarchiven, Gedenkstätten und Presse angefragt und war in diesem Jahr auf der Leipziger Buchmesse präsent.

Da bleibt bisweilen nur noch wenig Zeit für Jans Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr seiner Heimatgemeinde Küsten und in der Kreisfeuerwehrebereitschaft. Dabei tat sich dort unerwartet ein Bezug zu seinem politischen Betätigungsfeld auf: Durch die Umstellung auf den Offenhaltungsbetrieb entfiel auch die Feuerwehr im „Erkundungsbergwerk“ Gorleben, und der Landkreis musste ein neues Team für die Höhenrettung zusammenstellen. Ausgerollt wurde unter anderem Jan, die Einweisung vor Ort leisteten die Kollegen der ehemaligen Werksfeuerwehr. „Das war eine für mich sehr spannende Situation, statt wie sonst vorm Schwarzbau zu demonstrieren, durch das Tor zu fahren und die andere Seite kennenzulernen.“

“ Der Kreis schließt sich: Gorleben ist überall





Die Kulturelle Landpartie bringt regelmäßig einen ganzen Wald von Schildern hervor, weil die Wege auf großen Höfen und im freien Gelände, in einem dünnbesiedelten Landkreis ohnehin, oft verschlungen sind. Fast so, wie die sprichwörtlichen Wege des Herren. Von denen wissen wir nicht erst, seit Autor Michael Schmidt-Salomon das Ferkel in seinem Kinderbuch fragen lässt: „Wo bitte geht’s zu Gott?“ Sollte nämlich Ferkel je zur KLP nach Meuchefitz kommen, würde es die Frage beantwortet finden: rechts rum! Alles andere geht übrigens nach links, aber das ist „in Meuchefitz“ – so sagt man im Wend-

land, wenn man das linksautonome Zentrum im dortigen Gasthof meint – nichts Ungewöhnliches. Verwunderlich ist da eher, dass die Meuchefitzer so viel Offenheit der bürgerlichen Welt entgegenbringen. Und augenzwinkernd mit ihrer und der anderen Welt umgehen. Irgendwie sympathisch!

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

kulturelle WIDERSTANDSPARTIE

PFINGSTFREITAG 7. JUNI 2019
AB 14.00 UHR

an den Atomanlagen Gorleben

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

